

Deshalb erkläre ich:

Ich halte alle Maßnahmen und Vorkehrungen für gefährlich, die Kriegsführung als bewältigbare Handlungsoption vernünftiger Politik in den Blick nehmen und als solche vorbereiten. Ich fordere eine öffentliche und politische Diskussion sowie die Durchführung kirchlicher Versammlungen zur Diskussion des „Rahmenkonzepts Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall“. Ich befürworte und unterstütze dasjenige kirchliche Engagement, das den Frieden stärkt, der Prävention von Kriegen dient und sich für das Training aktiv gewaltfreier Verteidigung einsetzt. Das ändert nichts an meiner Bereitschaft, in allen Notfällen meine seelsorgerliche und geistliche Hilfe zur Verfügung zu stellen.

Für kirchlich Mitarbeitende:

*Ich lehne als Mitarbeiter*in im Bereich der Kirchen jede Schulung oder Fortbildung im Sinne des Rahmenkonzepts ab und werde mich daran nicht aktiv beteiligen.*

Diese Erklärung bitte über die Petition unterzeichnen. Dort gibt es auch die Möglichkeit, Unterschriftenlisten auszudrucken und sich für weitere Nachrichten zur Aktion registrieren zu lassen.



www.openpetition.org/dylfq

V.i.S.d.P.: Pax Christi – Deutsche Sektion e.V.,
Feldstr. 4, 13555 Berlin

Die Einbindung von Seelsorge und kirchlicher Arbeit in den „Operationsplan Deutschland“ ...

... gefährdet den Frieden.

Die Forderung nach „Kriegstüchtigkeit“ von Medizin und Seelsorge unterstellt, Deutschland und Europa hätten nur noch die Option, sich mit militärischen Mitteln gegen einen Angriff von außen zu verteidigen. Ein Krieg in Europa wird als führbar, planbar und für in Mitteleuropa lebende Menschen überlebar dargestellt. Kirchliche Seelsorge soll dabei die Aufgabe haben, die Moral und die Kampffähigkeit der Soldat*innen zu gewährleisten und die Zivilgesellschaft zur Unterstützung des Militärs zu motivieren. Friedensanstrengungen wie Diplomatie und Deeskalation geraten immer mehr in den Hintergrund.

... richtet die Seelsorge auf militärische Ziele aus.

Im Bündnis- und Verteidigungsfall wird der zivile seelsorgerliche Bereich – anders als für seelsorgerliche Praxis üblich – ausgehend von Stabstellen top-down organisiert. Es treten automatisch Notstandsgesetze in Kraft, die weitreichende Grundrechtseinschränkungen wie Dienstverpflichtungen auch im kirchlichen Bereich möglich machen.

... reduziert die knappen Mittel noch weiter.

Die geforderte Bereitstellung personeller und finanzieller Mittel zur Vorbereitung auf den Bündnis- und Verteidigungsfall verschärft die prekäre Haushaltslage der Kirchen weiter. Statt die Mittel dafür einzusetzen, kirchliche Akteure für die Ausbreitung der christlichen Versöhnungsbotschaft zu stärken und gestaltungswirksam sowie resilienzfördernd auf der Grundlage des Evangeliums zu wirken, sollen Pläne für den Kriegsfall ausgearbeitet und eingeübt werden.



Selig sind, die Frieden stiften!

Erklärung für eine Kirche, die ihren seelsorgerlichen und geistlichen Aufgaben treu bleibt:

Seelsorge bleibt zivil - Nein zur Militarisierung kirchlicher und diakonischer Dienste!

Wir widersetzen uns der Einbindung von Kirche in den „Operationsplan Deutschland“. Seelsorge darf nicht für die militärische Planung und Kriegsvorbereitung funktionalisiert werden.



Seit September 2025 liegt ein ökumenisches „Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall“ der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz vor. Dieses Konzept konkretisiert Handlungsstrategien, wie sie der geheime „Operationsplan Deutschland“ wohl für Religionsgemeinschaften und deren Seelsorge vorsieht. Das Rahmenkonzept übernimmt unhinterfragt sicherheitspolitische Prämissen und Annahmen der Bundesregierung im Blick auf „Szenarien militärischer Bedrohung und gewaltsamer Konflikte, die auch Deutschland unmittelbar betreffen können“. Seelsorge wird dabei eng gefasst und als unmittelbarer Beistand für den/die Nächsten definiert. Eine friedenspolitische Einordnung fehlt ebenso wie eine friedensethische Reflexion der Rolle der Kirchen und ihrer Glieder zur Verhinderung eines Kriegsfalls und im Krieg selbst.

Das Rahmenkonzept erweckt insgesamt den Eindruck, als ob in vorauseilendem Gehorsam gegenüber dem Staat im Geiste der „Zeitenwende“ kirchliche Arbeit, vor allem in den Bereichen von Klinik-, Notfall-, Polizei-, Gefängnis- und Gemeindeseelsorge, auf kriegsartige Auseinandersetzungen vorbereitet werden soll. In Zusammenarbeit mit Diakonie und Caritas sollen dabei kirchliche Sondermittel eingesetzt und Personal ausgebildet werden. Indem das Konzept den Kriegsfall unhinterfragt zur Voraussetzung aller praktischen Überlegungen macht, bereitet es – gewollt oder ungewollt – den Krieg selbst sprachlich und gedanklich mit vor. Als hätten die Kirchen aus der Geschichte nichts gelernt, folgen sie dem überkommenen Motto: Wer den Frieden will, muss den Krieg vorbereiten.

In großer Klarheit hat die Präsidentin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken Irme Stetter-Karp die damit verbundene Gefahr

benannt, „dass sich Muster bilden und alles sich quasi auf Rüsten und Aufrüsten konzentriert.“ Dass diese militärisch-zivile Zusammenarbeit hinter verschlossenen Türen eingefädelt wurde und in der Öffentlichkeit sowie im Bundestag nicht diskutiert wird, widerspricht dazuhin demokratischen Regeln.

Im Hintergrund

Mit dem Operationsplan Deutschland (OPLAN) liegt eine – geheime – Blaupause für die zivil-militärische Vorbereitung auf den Kriegsfall in Friedenszeiten vor. Er reagiert auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine von 2022.

Das „Grünbuch ZMZ (Zivil-Militärische Zusammenarbeit) 4.0“ des „Zukunftsforums Öffentliche Sicherheit“, lässt Rückschlüsse auf die Inhalte des Operationsplans zu. Es soll die zivil-militärische Zusammenarbeit im Rahmen einer schnellen, ungehinderten Truppenverlegung von West nach Ost ermöglichen. Zivilgesellschaftliche Einrichtungen werden dabei in den Dienst des Militärs gestellt. Dies geschieht innerhalb eines antagonistischen Sicherheitskonzepts, in dem das Feindbild Russland zementiert wird, ohne die Perspektive einer zukünftigen friedlichen Koexistenz auch nur anzudeuten.

Demgegenüber betonen wir gemeinsam mit den *Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkriegs – Ärzt*innen in sozialer Verantwortung (IPPNW)*: Nur die Orientierung an einem Konzept gemeinsamer Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Welt hat Zukunft. Dafür zu arbeiten und mit allen Mitteln auf Entfeindung hinzuwirken, ist Aufgabe und geschichtlich vielfach erwiesene Möglichkeit kirchlich Agierender. Sicherheit entsteht auch

dadurch, dass man die Ängste beim Gegenüber erst nimmt und versucht, sie zu entkräften. Dabei nehmen strikt defensiv ausgerichtete Verteidigung und Ausschöpfung aller Möglichkeiten ziviler und sozialer Konfliktbearbeitung eine zentrale Rolle ein. Darin liegt die Kernkompetenz kirchlicher Arbeit. Sie gilt es weiter zu stärken, auszubauen und politisch fruchtbar zu machen.

Dazu gehört auch, sich in kirchlichen Seelsorgediensten wie Notfall- und Polizeiseelsorge am Katastrophenschutz zu beteiligen und Menschen im Militär beizustehen. Dafür reichen die bestehenden Strukturen aus.

Wer aber dazu aufruft, sich auf den Kriegs- und Bündnisfall in der im Rahmenkonzept dargestellten Weise vorzubereiten, suggeriert, Kriegsführung könne eine mit hoher Wahrscheinlichkeit zielführende politische Handlungsoption sein. So wird die brutale Realität von Kriegen verharmlost und die empirisch erwiesene Realität, dass Kriegsziele überwiegend nicht erreicht wurden, außer Acht gelassen. Kriege stellen ökologische und menschliche Katastrophen unvorhersehbaren Ausmaßes dar. Sie bedeuten immer Not und Elend, Krankheit, Verletzung und Tod. Treffend bezeichnet die Präambel der UN sie als „Geißel der Menschheit“. Der Ökumenische Rat der Kirchen fordert seit 1948, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein darf. Es gilt jeden Anschein zu vermeiden, Kriege könnten vernünftiger und durch präzise Vorbereitung bewältigbarer Teil menschlicher Handlungsmöglichkeiten sein.

Unsere kirchliche Aufgabe ist die Stärkung der Friedensbemühungen sowie die geistliche und seelsorgerliche Begleitung aller Menschen sowie das Gebet für Freund und „Feind“, nicht aber die Beteiligung an Anstrengungen, unsere Kirchen im Rahmen eines antagonistischen Sicherheitskonzepts kriegstüchtig zu machen.